

Antrag

der Abgeordneten Günter Nooke, Dr. Friedbert Pflüger, Bernd Neumann (Bremen), Renate Blank, Gitta Connemann, Dr. Peter Gauweiler, Dr. Günter Krings, Dr. Martina Krogmann, Dr. Norbert Lammert, Vera Lengsfeld, Dorothee Mantel, Melanie Oßwald, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Dr. Klaus Rose, Erika Steinbach, Christian Freiherr von Stetten, Edeltraut Töpfer, Wolfgang Zeitlmann und der Fraktion der CDU/CSU

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist die „dritte Säule“ der auswärtigen Politik. Sie dient über die Stärkung der Kulturbeziehungen und den Dialog der Kulturen hinaus der Förderung ureigenster politischer und außenwirtschaftlicher Interessen. Die Bedeutung der Kulturpolitik ist nicht zuletzt durch die geistige Auseinandersetzung mit der islamistischen Herausforderung und durch die Initiativen für den weiteren Nahen und Mittleren Osten unterstrichen worden.

Die Ziele, die mit Hilfe der Mittlerorganisationen und anderer Akteure der deutschen Kultur- und Bildungspolitik erreicht werden sollen, sind vor allem:

- Interesse an Deutschland, seiner Geschichte, Kultur und Politik zu wecken und damit die Voraussetzungen für enge und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Partnern zu schaffen,
- die Aufgeschlossenheit für die kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen Deutschlands zu fördern,
- ein realistisches, facettenreiches, positives Bild Deutschlands als Kulturnation zu vermitteln,
- die Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie der Achtung von Menschen- und Minderheitenrechten und kultureller Vielfalt zu vermitteln,
- den Dialog der Kulturen zu stärken bzw. dort zu öffnen, wo bislang Sprachlosigkeit geherrscht hat,
- die deutsche Sprache im Ausland zu vermitteln und zu fördern,
- Bildungs- und Aufstiegschancen insbesondere von Kindern und Jugendlichen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu verbessern,
- Orte der Begegnung, des kulturellen Austausches und der Vermittlung deutscher Kultur zu schaffen,
- die Wissenschaftskooperation auszubauen,

- unter anderem durch erfolgreiche Bildungsarbeit für den Studien- und Wissenschaftsstandort Deutschland zu werben.

Der Deutsche Bundestag versteht auswärtige Kulturpolitik dabei nicht als Einbahn-, sondern als Zweibahnstraße. Sie dient auch dazu, unsere Aufmerksamkeit Kulturen anderer Länder zu schenken. Er verkennt nicht, dass auf dem Feld der Kultur, Bildung und Wissenschaft der Erfolg der auswärtigen Politik von der Attraktivität des Standorts Deutschland abhängt und hier die Bundesregierung mit gefordert ist.

Trotz der Bedeutung der auswärtigen Kulturpolitik für Deutschland und den Standort Deutschland ist kein Bereich der auswärtigen Politik in den vergangenen Jahren so vernachlässigt worden wie der der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Im Zuge der Haushaltseinsparungen hat die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in den letzten Jahren fast ein Drittel ihres Wertes – gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt und am Bundeshaushalt – verloren. Das Engagement des Bundes für die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist unter den Stand der alten Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung gefallen.

Im Jahr 2004 erreicht der relative Anteil der auswärtigen Kulturpolitik am Gesamthaushalt des Bundes mit derzeit 0,22 Prozent seinen Tiefststand. Es ist bezeichnend, dass von den 1,5 Mrd. Euro aus dem „Anti-Terror-Paket“ nur 5,1 Mio. Euro für die auswärtige Kulturpolitik zur Verfügung gestellt wurden, mithin weniger als ein halbes Prozent, obwohl die Bedeutung des Ausbaus des Dialogs mit dem Islam immer wieder betont wird. Eine Folge der bisherigen, kontinuierlichen Kürzungen ist, dass sich die Mittel für die Sprachförderung von 51,1 Mio. Euro auf 24,3 Mio. Euro halbiert haben. Eine weitere Folge ist, dass die Mittel für die allgemeine Programmarbeit, die das kulturelle Deutschlandbild im Ausland prägen soll, von 118,2 Mio. Euro (1993) auf nun 51 Mio. Euro reduziert sind.

Diese Zahlen beziffern jedoch nur einen vorläufigen Tiefstand. Anfang März 2004 hat der Bundesminister des Auswärtigen Joseph Fischer schmerzhaft Einschnitte „ins Mark“ der auswärtigen Kulturpolitik angekündigt. Standen bis vor kurzem noch Neueröffnungen von Goethe-Instituten in Shanghai, Teheran und Algier im Vordergrund, werden nun durch die weiteren umfangreichen Sparmaßnahmen Schließungen von Goethe-Instituten und deutschen Schulen im Ausland unabwendbar. Diese Entwicklung beeinträchtigt das Ansehen Deutschlands in der Welt, und sie schadet mittel- und langfristig den deutschen Interessen.

Anders als vom Bundesminister des Auswärtigen dargestellt, ist nicht der deutsche Föderalismus Grund für die Haushaltslage des Auswärtigen Amtes und auch kein Wettbewerbsnachteil gegenüber Staaten, in denen die Kultur eine nationale Aufgabe darstellt. Auswärtige Kulturpolitik ist auch in Deutschland eine Angelegenheit des Bundes. Damit liegen die Verantwortung für den Haushalt und dessen Prioritäten beim deutschen Bundesminister des Auswärtigen.

Die „Konzeption 2000“, die der Bundesminister des Auswärtigen nach seinem Amtsantritt zur auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vorgelegt hat, ist in weiten Teilen aufgrund der bereits erfolgten erheblichen finanziellen Einschnitte als Grundlage für die künftige Entwicklung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik nicht mehr tragfähig. Die Kürzungen beeinträchtigen schon jetzt die Erfüllung der Aufgaben der Auslandsschulen und der Mittlerorganisationen erheblich. Um ihre Arbeit langfristig sicherzustellen und zu stärken, müssen neue Grundlagen formuliert werden. Dazu gehört es auch, eine strategische Planung zu erarbeiten, mit welchen Instrumenten und Einrichtungen in welchen Regionen und Orten der Welt welche Ziele erreicht werden sollen.

Erfolgreiche neue Modelle wie beispielsweise das Hochschulmarketing deutscher Universitäten sind zu unterstützen. Einzelne deutsche Universitäten genießen im Ausland einen ausgezeichneten Ruf und haben dort Ableger gegründet. Den positiven Effekt dieser Wissenschaftskooperation im Ausland wie auch in Deutschland gilt es herauszustellen.

Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands muss in ihrer Bedeutung erkannt und gestärkt werden sowie entsprechend ihrer Aufgaben ausgestattet sein.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Auswärtigen Amt und im Rahmen der auswärtigen Politik zu stärken;
- eine aufgabengerechte Ausstattung der Mittler und anderen Akteure der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik langfristig sicherzustellen;
- darzustellen, mit welchen Maßnahmen ein effizienter Einsatz der Mittel langfristig sichergestellt werden kann;
- die über verschiedene Bundesbehörden verstreuten Elemente der auswärtigen Kulturpolitik und Haushaltstitel konsequenter in wenigen Ressorts zu bündeln, um der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik mehr Schlagkraft zu geben sowie eine bessere Kohärenz der Politik und einen effektiven Ressourceneinsatz zu erzielen;
- die Struktur und Aufstellung der Mittlerorganisationen und ihre Einbindung in die Arbeit der Träger der deutschen auswärtigen Politik zu überprüfen, gegebenenfalls, wo geboten, eine Neustrukturierung bzw. bessere Vernetzung herbeizuführen;
- die Fusionierung einzelner Mittlerorganisationen, die bereits begonnen wurde, konsequent zu Ende führen;
- die Vernetzung von Mittlerorganisationen, Trägern weiterer Kultureinrichtungen und -angebote und Deutscher Welle voranzutreiben, auf mögliche Effizienzsteigerungen zu überprüfen und die Rolle der Einrichtungen zu stärken;
- nach der Evaluierung langfristig eine der Bedeutung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik entsprechende und angemessene Ausstattung der Mittler sicherzustellen;
- die Mittlerorganisationen aufzufordern, kontinuierlich die Zielgruppen ihrer Projekte zu überprüfen und ihre Arbeit gemäß der Analyse entsprechend zu optimieren;
- im Zusammenhang mit der Zielgruppenanalyse eine differenzierte Angebotspolitik sicherzustellen, die auch in schwierigen Märkten, wie z. B. in den Vereinigten Staaten von Amerika, mit einem Spitzenangebot an Kultur langfristig nachhaltige Resultate erzielen kann;
- Modelle zu entwickeln und zu erproben, die qualifizierte private Initiativen im Bereich der Kultur und der Bildung jenseits der Mittlerstruktur unterstützen helfen;
- die Ausstrahlung und Nachhaltigkeit der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik durch Anpassung der Angebotspalette zu optimieren und dabei verstärkt auf „Marken“ und Wiedererkennung zu setzen, wie z. B. das Hochschulmarketing. Diese Initiativen gilt es zu unterstützen;

- die Wissenschaftskooperation zu stärken und dabei verstärkt auf öffentlich-private Partnerschaften zu setzen wie z. B. beim chinesisch-deutschen Hochschulkolleg in Jongji/China;
- ein Konzept vorzulegen, in dem Rolle und Aufgaben, Ziele und Möglichkeiten der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und ihrer Mittler im Rahmen der Krisenprävention beschrieben werden;
- nach der Evaluierung langfristig eine der Bedeutung der auswärtige Kultur- und Bildungspolitik entsprechende und angemessene Ausstattung der Mittler sicherzustellen;
- die vom Deutschen Bundestag beschlossene Verwendung der Fusionsrendite für die Programmarbeit der Goethe-Institute sicherzustellen;
- ein Konzept für die Entwicklung der Goethe-Institute im Ausland sowie ihrer Verzahnung mit der Arbeit deutscher Auslandsvertretungen vorzulegen, aus dem auch hervorgeht, welchen Grad von Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit für ihre Haushalte und ihre inhaltliche Arbeit die Institute in Zukunft haben sollen;
- ein Konzept für die Entwicklung der Auslandsschulen und insbesondere der Verbreitung der deutschen Sprache vorzulegen, aus dem hervorgeht, welche Rolle sie in der auswärtigen Kulturpolitik in Zukunft spielen sollen;
- eine Strategie für die Entwicklung der Wissenschafts- und Stipendienprogramme, der Förderung der deutschen Sprache im Ausland, der weiteren Programmaktivitäten und Förderungen vorzulegen;
- ein Konzept für Bauvorhaben vorzulegen, in dem auch mögliche Kooperationsmodelle mit Bauvorhaben anderer EU-Länder, anderer Kultur- und Sporteinrichtungen sowie anderer Bildungseinrichtungen des jeweiligen Gastlandes Berücksichtigung finden.

Berlin, den 9. März 2004

Günter Nooke
Dr. Friedbert Pflüger
Bernd Neumann (Bremen)
Renate Blank
Gitta Connemann
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Günter Krings
Dr. Martina Krogmann
Dr. Norbert Lammert
Vera Lengsfeld
Dorothee Mantel
Melanie Oßwald
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Dr. Klaus Rose
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Edeltraut Töpfer
Wolfgang Zeitmann
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion